

EU-Skandal!

AKW Hinkley Point C

anti atom komitee

**Österreich importiert
Atomstrom**

**Gemeinderesolution
zeigt Wirkung**

Gefördert aus Mitteln des Landes Oberösterreich



Atommüllendlager – Atomlobby schiebt Verantwortung ab



teil der Kosten bleibt dem Steuerzahler.

Wie die Frankfurter Rundschau berichtet, rechnen Experten mit der Fertigstellung eines Endlagers nicht vor 2100 und man rechnet mit Bauzeiten von mehreren Jahrzehnten. Bis zur

**von Dipl.-Ing. Manfred Doppler,
Anti Atom Komitee**

Während sich in Tschechien die Suche nach einem Atommüllendlager immer schwieriger gestaltet, schiebt die deutsche Atomlobby die Verantwortung und die Kosten gleich auf die nächsten Generationen. Ein Endlager könnte erst im nächsten Jahrhundert fertiggestellt werden und ein Groß-

Realisierung eines Endlagers wird der Atommüll in Zwischenlagern deponiert, die keinem Flugzeugabsturz oder einem Terroranschlag gewachsen sind. Die Kosten für ein Endlager könnten auf 50 bis 70 Milliarden Euro steigen. Die Rücklagen der Atomkonzerne be-

tragen aber nur etwa die Hälfte der Kosten. Dem Staat und damit den Steuerzahlern der nächsten Generationen droht eine Kostenlawine von über 30 Milliarden Euro.

Dieses Szenario war abzusehen. Obwohl es weltweit keine Lösung für dieses gravierende Problem gibt, wird weiterhin Atommüll produziert und die Atomlobby stiehlt sich aus der Verantwortung und überlässt sie den nächsten Generationen.

Es ist mehr und mehr zu befürchten, dass die Zwischenlager zu Endlagern werden, die ein völlig unkalkulierbares Risiko darstellen. Niemand weiß, wie es in Europa in hundert Jahren aussieht!

Atommüllendlager in Tschechien Widerstand in der Bevölkerung wird größer

Bisher haben sich eher kleine Gemeinden gewehrt, die durch ein Atommüllendlager gefährdet waren. Nun steigt aber auch die Stadt Brünn auf die Barrikaden und protestiert gegen einen nahen Standort.

Der Widerstand gegen ein Atomülllager wird auch in Tschechien immer größer. Bisher waren es immer kleine Gemeinden, gegen sich die Versuche der staatlichen Behörde SURAO gewehrt haben, Probebohrungen auf Gemeindegebiet zuzulassen.

Jetzt zeigt sich aber mit Brünn die zweitgrößte Stadt in Tschechien mit den Gemeinden solidarisch und protestiert gegen einen Standort, der den Brünner Stausee und damit ganz Brünn gefährdet.

Mit Demonstrationen wird dagegen protestiert, dass der Staat die Meinungen der Bürger nicht respektiert und die Gemeinden jede gesetzliche Möglichkeit vermissen, sich gegen

Entscheidungen von oben zu wehren.

Auch vom Vizebürgermeister von Brünn, Martin Ander, kommt Un-

terstützung. Er macht deutlich, dass er ein Atommülllager 40 Kilometer vor der Stadt nicht zulassen werde. Neben der steigenden Ablehnung der Atomenergie in Tschechien, steigt nun auch der Widerstand gegen ein Atommüllendlager und den werden wir auch von Österreich bestmöglich unterstützen.



Die Atommüllendlagerfrage ist weltweit ungeklärt.

Hinkley Point C: Nichtigkeitsklage gegen Subvention von unrentablem Atomstrom!

Die Erzeugung von Atomstrom rechnet sich wirtschaftlich nicht und ist nur unter enormen Subventionen wettbewerbsfähig. Das neueste Modell zur Stützung der Nuklearindustrie sind langfristig garantierte Abnahmepreise durch so genannte „Contracts for Difference“ – wobei die über Jahrzehnte aufsummierten enormen Differenzen zwischen jeweiligem Marktpreis und vereinbartem Garantipreis der Staat und damit letztlich die Konsumentinnen und Konsumenten zahlen.

Nun handelt es sich aber bei diesen Preisgarantien um staatliche Beihilfen, die an sich durch das EU-Recht verboten sind, da sie den Wettbewerb zugunsten eines Produktionszweiges verzerren.

Nichtsdestotrotz hat die Europäische Kommission als Wettbewerbshüterin am 8. Oktober 2014 einen solchen „Contract for Difference“ zwischen der britischen Regierung und dem französischen Atomstromproduzenten EDF zum Ausbau des KKW Hinkley Point genehmigt, obwohl sie ein Jahr zuvor in einer Ersteinschätzung noch davon ausgegangen ist, dass die Garantie eine verbotene Beihilfe darstellt. Die schiefe Optik wird zusätzlich verschärft, wenn man sich noch vor Augen hält, dass der damalige Wettbewerbskommissar Almunia den Beschluss nur wenige

Tage vor dem Amtsende der Barroso-Kommission (mit 31. Oktober) durchgewunken hat.



Der Beschluss der Kommission, der sicherlich auch Signalwirkung für



Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler ist Vorstand des Instituts für Europarecht der Johannes Kepler Universität Linz

ähnliche Projekte in anderen Staaten (z.B. KKW Temelin) hat, ist seit 28. April 2015 im Amtsblatt veröffentlicht, sodass nun auch die 2-Monats-Frist für eine Klage dagegen zu laufen begonnen hat. Bleibt zu hoffen, dass die europäischen Höchstgerichte in Luxemburg die Ansicht der Republik Österreich teilen, dass Preisgarantien für den ansonsten unrentablen Atomstrom den Wettbewerb im Binnenmarkt verfälschen und der Nichtigkeitsklage, die in den nächsten Wochen eingebracht werden wird, Erfolg zuteil werden lassen.

Skandalöse EU Entscheidung nun offiziell – Milliarden an die Atomlobby

Die Entscheidung der EU Kommission den Neubau des britischen AKW Hinkley Point C mit Steuergeldern zu finanzieren, ist nun offiziell. Milliarden Euro sollen als Subvention für unrentablen Atomstrom in die Kassen der Atomlobby fließen. Die Bundesregierung muss klagen.

Am 28. April 2015 wurde im Amtsblatt der EU die Entscheidung der Kommission vom Oktober 2014 veröffentlicht, nach der für den Neubau des britischen AKW Hinkley Point C Milliardenförderungen genehmigt werden. Mit dieser Veröffentlichung ist die Entscheidung der Kommission offi-

ziell. Diese Entscheidung stellt einen klaren Bruch des EU Wettbewerbsrechtes dar, mit völlig ungewissen Auswirkungen auf die gesamte Union und damit auch auf Österreich. Eine der letzten Entscheidungen der abtretenden Kommission hat der Europäischen Union eines ihrer Grundpfeiler beraubt, wenn

es freien Wettbewerb nur dann gibt, wenn es der EU Kommission und den Lobbyisten genehm ist. Nun sollen in 35 Jahren bei einer Inflationsrate von 2% mehr als 100 Milliarden Euro aus Steuermitteln in die Kassen der Atomlobby fließen, um den AKW Betreibern einen wertgesicherten Preis für Strom aus einem AKW zu garantieren, der 3mal so teuer ist, als marktüblich.

„60 Jahre Starthilfe sollten eigentlich genug sein, aber noch immer hängt die Atomindustrie am Tropf des Steuerzahlers, ist noch immer nicht marktfähig.“

Rekordstromexport in Tschechien – Auch nach Österreich!

Mit fast 17 TWh hat Tschechien 2014 mehr Strom ins Ausland exportiert, als das AKW Temelin produziert hat. Angesichts dieses Stromüberschusses ist der Ausbau von Temelin auf Kosten der Steuerzahler eine reine Provokation. Außerdem fließt viel davon nach Österreich! Das Anti Atom Komitee fordert von BK Faymann und BM Mitterlehner eine klare Aussage. Österreich ist NICHT atomstromfrei!

Nach Angaben der tschechischen Regulierungsbehörde hat Tschechien 2014 mit fast 17.000.000 kWh (17 TWh) mehr Strom ins Ausland exportiert, als das AKW Temelin Strom erzeugt hat. Damit ist Tschechien der größte Stromexporteur in Europa. Fast 40 % des Stroms, den Österreich importiert, kommt aus

Tschechien. Selbst wenn man berücksichtigt, dass darin auch Transitstrom enthalten ist, wird viel davon in Österreich verbraucht. So betrug die Stromlast aus Tschechien am 6.2.2015 zwischen 10 und 11 Uhr über 1600 MW.

BK Faymann und BM Mitterlehner sind angesichts dieser Zahlen aufge-

fordert, das Märchen Österreich sei atomstromfrei, endlich zu beenden. Angesichts dieser Zahlen ist es aber auch eine Provokation, über einen Ausbau Temelin oder Dukovany nachzudenken und das noch dazu auf Kosten der tschechischen Steuerzahler, die diese unwirtschaftlichen Pläne durch staatliche Preisgarantien finanzieren sollen.

Eines sollte uns klar sein. Tschechien ist EU Nettoempfänger und bräuchte mit derartigen unwirtschaftlichen Investitionen auch mehr Geld aus EU Mitteln, die natürlich dann auch Österreich mitfinanzieren müsste. Es geht also auch um unser Geld.

Europas Stromwaschmaschine

So wird Atomstrom zu Strom aus Wasserkraft:



So einfach gehts: Ein Stromhändler kauft Strom in einem Atomkraftwerk und gleichzeitig Wasserkraftzertifikate aus Norwegen und schon ist Atomstrom zu Strom aus Wasserkraft geworden. Nur – das Geld österreichischer Stromkunden landet nach wie vor beim einem AKW-Betreiber. Welches Mascherl der Strom hat ist völlig egal, entscheidend ist, wer das Geld bekommt.

Ist Österreich atomstromfrei?

Hochkarätige Podiumsdiskussion im Linzer Wissensturm

Das Anti Atom Komitee bot den Medien und dem Publikum im Linzer Wissensturm mit einer spannenden Diskussion die Möglichkeit, einer wichtigen Frage auf den Grund zu gehen – Ist Österreich wirklich atomstromfrei, oder ist diese Behauptung eine bewusste Irreführung der Bevölkerung?

Diese Frage diskutierten LR Anschöber, Dr. Proidl (e-control), Mag. Jöbstl (Umweltdachverband), Ing. Kalab (ö. Wirtschaftskammer), W. Klaus (Alpen Adria Energie), DI Walchhofer (Linz Strom) und Mag. Mayer (ö. Kleinwasserkraft) unter der Moderation von DI Doppler vom Anti Atom Komitee.

Der Grund für diese Frage ist die Novellierung des ELWOG (Elektrizitäts- wirtschafts- und Organisationsgesetz). Dabei wurden die Stromhändler verpflichtet, für jede Kilowattstunde (KWh) Strom die an Stromkunden verkauft wird, ein Herkunftszertifikat bei der Stromregulierungsbehörde e-control vorzulegen.

Ziel war, damit den Anteil an Strom unbekannter Herkunft, sogenannter Graustrom, mit einem Atomstromanteil von ca. 25% zu reduzieren. An sich eine gute Sache, gäbe es nicht die EU Richtlinie 2009/28/EG, die den getrennten Handel von Strom und Zertifikaten erlaubt.

Dies ermöglicht Stromhändlern, Atomstrom einzukaufen und für die gleiche Menge Wasserkraftzertifikate in Norwegen zuzukaufen, dieses Zertifikat bei der e-control vorzulegen und damit ist dieser Atomstrom plötzlich Strom aus Wasserkraft (siehe Grafik linke Seite).

Kern der Diskussion, die sehr spannend aber sachlich verlief, war eine

Antwort auf die Frage zu finden, ob das derzeitige System der Stromkennzeichnung und Stromzertifizierung sicherstellt, dass kein Geld österreichischer Stromkunden an Atomstromproduzenten fließt, denn nur dann wäre gewährleistet, dass Österreich atomstromfrei ist. Ist dies wirklich so, oder wird dieses System dazu missbraucht, um Stromimporte (Graustrom/Atomstrom) weiß zu waschen?

Die Diskussion hat deutlich gezeigt, dass nicht nur Umweltorganisationen, sondern auch Vertreter aus dem Bereich der Wirtschaft der Meinung sind, dass Missbräuche und Stromwäsche möglich sind.

Wirtschaftsminister Mitterlehner ist dringend aufgefordert, dieses System umgehend zu reparieren und transparent und konsumentenfreundlich zu gestalten. Diese Irreführung der Stromkunden ist umgehend zu beenden.

In einer spannenden Diskussion unter Experten zeigte sich deutlich, dass nach wie vor Atomstrom nach Österreich fließt.



Teuerste Energie und Menschen in Geiselhaf – der bayerische Kabarettist Gerhard Polt fand klare Worte

Der Münchner Gerhard Polt, der Ende März im Salzhof auftrat, erklärte sich spontan zu einem Gespräch mit dem Anti Atom Komitee bereit, um seine Meinung zur Atomenergie und den Machenschaften der Stromindustrie offen zu sagen.

Er ist davon überzeugt, dass Atomenergie die teuerste Energieform ist, wenn man nur ansatzweise die wahren Kosten berücksichtigt.

Polt ist mit dem deutschen Nuklearmediziner Edmund Lengfelder befreundet, der seit Jahren auf der Seite der Atomgegner gegen diese letztlich unbeherrschbare Energieform auftritt.

Polt fordert eine umfassende Haftpflichtversicherung für alle AKWs ein und er meinte: „Nicht einmal eine chemische Reinigung darf ohne Haftpflicht betrieben werden, ein AKW aber schon. Ich hoffe, dass die Deutschen die Energiewende durchziehen, denn ein Industrievolk ohne AKWs, das wäre ein Leuchtturm.“

„Aber die großen Stromfürsten, die AKW Betreiber und der Staat ste-

cken unter einer Decke. Die Menschen werden in Geiselhaf genommen. Beim Atommülllager ASSE im Wendland hat die stattliche Kontrolle total versagt. Es ist eine Sauerei, denn jetzt zahlt wieder einmal der Steuerzahler“, meinte Gerhard Polt.



Gerhard Polt (2.v.l.) mit Sandra Wagner, Elfi Guttenbrunner und Manfred Doppler.

Fertig, aber Ziegel.

WimbergerHaus

MEIN HAUS WIRD WAHR.

LASBERG - LINZ - ST. GEORGEN/W. - SCHÖRFLING - TRAISMAUER

GRATIS
Hausbeispiele, Grundrisse
Preise, Pläne, Infos, u.v.m.

Baufamilienmappe gleich auf unserer Website bestellen, oder an einem unserer Standorte abholen.

Österreich sei atomstromfrei ist weiterhin ein Märchen

Die Aussage des Wirtschaftsministeriums, dass der Anteil von Graustrom und Atomstrom in Österreich weiter gesunken sei, ist irreführend. Das Anti Atom Komitee kritisiert, dass Österreich weiterhin Atomstrom importiert. Österreich sei atomstromfrei, ist weiterhin ein Märchen. Bundesminister Ruppreecher sagte Unterstützung zu!

Bundesminister Mitterlehner gab bekannt, dass der Anteil von Strom unbekannter Herkunft (Graustrom) auf 6,8% gesunken und der Anteil an Wasserkraft gestiegen sei. Dies ist allerdings nur darauf zurückzuführen, dass auch der Zukauf von norwegischen Wasserkraftzertifikaten, die zur Zertifizierung von Graustrom und Atomstrom verwendet werden, auch gestiegen ist.

Am tatsächlichen Import von Atomstrom oder Graustrom verändert dies kaum etwas, weil sich durch die Zertifizierungspflicht an der Einkaufspolitik der österreichischen Stromhändler nichts ändert.

Das Grundübel dieser intransparenten Stromkennzeichnung ist die EU Richtlinie 2009/28/EG, nach der der getrennte Handel von Strom und Zertifikaten erlaubt ist. Auch die e-control bestreitet dies nicht, aber sie hat keine Kompetenz von den Stromhändlern die Information ein-

zufordern, woher sie ihren Strom zukaufen. Für die e-control ist nur eine ausgeglichene Bilanz zwischen verkauftem Strom und den vorliegenden Zertifikaten von Bedeutung. „Entscheidend ist allein, an wen die österreichischen Stromhändler das

Geld von den Stromkunden überweisen und das kann nach wie vor ein Atomkonzern sein. Es ist daher selbstverständlich nach wie vor möglich, Atomstrom zu importieren und an Endkunden zu verkaufen. Dieser ist aber nun mit einem norwegischen Wasserkraftzertifikat versehen, das zur „Reinwaschung“ von Atomstrom zugekauft wurde.

Umweltminister Andrä Ruppreecher sagte dem Anti Atom Komitee beim Treffen in Wels zu, dass er sich dieser Sache annehmen werde.



Alfred Klepatsch und Manfred Doppler trafen Andrä Ruppreecher in Wels.

Zittern ums Geld – Gemeinden vom Temelinbetreiber CEZ abhängig

In einem offenen Brief haben 26 Bürgermeister rund um Temelin von der tschechischen Regierung den Ausbau von Temelin gefordert, weil diese Gemeinden allesamt Geldempfänger vom Temelinbetreiber CEZ sind.

In diesem Brief betonen die Bürgermeister, dass die meisten Bewohner in diesen Gemeinden den Ausbau der Atomkraft in Tschechien befürworten würden, weil alle Gemeinden ihre Pläne für den Ausbau der Infrastruktur an den Temelinausbau angepasst hätten. Der Temelinbetreiber CEZ lässt pro Jahr ca.

47 Millionen Kronen in die Gemeindegassen sprudeln.

In einem offenen Brief fordern die Bürgermeister auch den Ausbau von Temelin und betonen, dass die Sicherstellung von Energiebedürfnissen Tschechiens eine primäre Aufgabe der tschechischen Regierung sei, obwohl jeder weiß, dass der Ausbau

von Temelin nur eine Steigerung des Stromexportes bedeuten würde. Ignoriert wird von den Bürgermeistern auch, dass der Ausbau von Temelin völlig unwirtschaftlich ist, und nur durch massive Investitionskredite an den Betreiber möglich ist, und CEZ eine wertgesicherte Preisgarantie für Strom über mehrere Jahrzehnte einfordert. Damit wird erneut deutlich, dass Atomstrom alles andere als billig ist. Was Atomgegner immer betont haben, müssen die Atomlobbyisten jetzt zugeben.

Fukushima heute – Ein Augenzeuge berichtet

Kazuhiko Kobayashi, Kämpfer für Umwelt- und Menschenrechte, reist seit 2011 durch ganz Europa und berichtet in seinen Vorträgen über die skandalösen Vorgänge rund um Fukushima und über das Schicksal der 300.000 Kinder aus der Region.

Herr Kazuhiko Kobayashi, studierter Germanist, arbeitete rund 30 Jahre als Unternehmensberater in Deutschland.

Er erlebte das Beben vom 11. März 2011 in Tokio hautnah.

Wie die japanische Regierung mit dem Super-Gau in Fukushima umging, machte ihn über Nacht zum Anti Atom Kämpfer.

Laut Kobayashi müssen die Kinder rund um Fukushima seit der Katastrophe einen „Dosimeter“ tragen. Die Daten werden täglich von den Lehrern gesammelt und weitergemeldet. 300.000 Kinder sind seither Versuchskaninchen,“ berichtet Kobayashi.

Auch in der japanischen Hauptstadt Tokio gibt es Plätze, die stark verstrahlt sind.

Mit seinen Vorträgen will er wachrütteln. Die EU-Genehmigung für Staatsförderungen für den AKW Neubau Hinkley Point C in England

hält er für Wahnsinn. „Die Bürger sollten bedenken, dass alleine die Aufbereitungsanlage in der Normandie (La Hague) eine unvorstellbare Gefahr darstellt.

Wenn dort etwas passiert, war Fukushima eine Kleinigkeit – Europa wäre dann erledigt“.



Kazuhiko Kobayashi (2.v.l.) präsentierte dem Publikum und dem Anti Atom Komitee einen ergreifenden Vortrag über den Zustand in Fukushima heute.

Gemeinderesolutionen zeigen Wirkung – Kanzler Faymann will gegen Atommüllendlager klagen

Die Gemeinderesolutionen gegen den Bau eines Atommüllendlagers in Tschechien, die das Anti Atom Komitee seit vergangenem Jahr massiv propagiert hat, zeigen jetzt offensichtlich Wirkung.

Über 300 Gemeinden haben diese Resolution bisher unterzeichnet. Bundeskanzler Faymann hat nun angekündigt, dass er alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten dagegen ausschöpfen werde, wie in der Resolution gefordert.

Diese Initiative läuft nun in Ober- und Niederösterreich seit dem Frühjahr 2013, in der die Gemeinden die jeweiligen Landesregierungen und die Bundesregierung aufgefordert werden, die rechtlich möglichen Maßnahmen zu ergreifen, sowie Gespräche mit allen Verantwortungsträgern zu führen, um dem Ausbau von Atomkraftwerken und der Errichtung eines Atommüllendlagers in Tschechien entgegenzuwirken. Der

tschechischen Regierung ist klar zu vermitteln, dass solche Schritte seitens Österreichs entsprechend dem Beschluss des Nationalrates vom 13. November 2012 nicht geduldet und strikt abgelehnt werden.

Inzwischen haben fast 200 Gemeinden in Oberösterreich und an die 130 Gemeinden in Niederösterreich diese Resolution unterzeichnet und die zeigen jetzt offensichtlich Wirkung.

Wegen der hervorragenden Resonanz in den Gemeinden wird diese Aktion auch auf die anderen Bundesländer ausgeweitet.

2015 finden im Burgenland, der Steiermark, in Oberösterreich und in Wien Landtagswahlen statt, und



Widerstand gegen ein Atommüllendlager regt sich auf beiden Seiten der Grenze.

das Anti Atom Komitee wird dieses Wahljahr nützen, um den Druck auf die Länder und die Bundesregierung weiter zu erhöhen.